



Neu: Wortergreifungsstrategien der ‚NEUEN Rechten‘

Die ‚NEUE NPD‘ sieht sich als Teil einer europäischen ‚Neuen Rechten‘ Bewegung und führt seit einigen Jahren ein vom Bundesvorstand verordnetes kulturell-strategisches Runderneuerungsprogramm durch. NPD-Kader orientieren sich hier am 1997 beschlossenen Strategiekonzept der „Drei-Säulen“:

1. der „Kampf um die Straße“ (Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen),
2. der „Kampf um die Parlamente“ (Teilnahme an Wahlen)
3. der „Kampf um die Köpfe“ (Schulung von Anhängern, Beeinflussung der öffentlichen Meinung).

Neue Strategie ist das Einmischen in kommunale Prozesse: "Eltern setzen sich mit NPD-nahen Anwälten für 'nationale Jugendzentren' [ein]." Rechtsextreme kommen zu zivilgesellschaftlichen Zusammenkünften oder Parteiveranstaltungen und versuchen, dort die Diskussion zu beeinflussen oder zu bestimmen. An tagespolitische Diskurse anknüpfend, starten sie Kampagnen und versuchen, sich kommunal einzubringen. Diese *„Wortergreifungsstrategie“* wird von NPD-Kadern wie Kameradschaftsmitgliedern gleichermaßen genutzt. In rechtsextremen Schulungen wird auf das Einüben dieser Strategie viel Zeit und Aufmerksamkeit verwendet. Das ist mit der Orientierung verbunden, gut vorbereitet in die Veranstaltungen der Gegner zu gehen und wenn man hier nicht die Dominanz erreicht, zumindest die Veranstaltung zu stören.

Innerhalb der ideologischen und taktischen Bildungsarbeit („Kampf um die Köpfe“) propagiert die NPD-Parteiführung die *„Wortergreifungsstrategie“*:

- ✓ Entsprechend geschulte Parteimitglieder sollen auf Veranstaltungen des politischen Gegners diesen verbal attackieren, provozieren und so möglichst bloßstellen.
- ✓ Die Mitglieder der Partei sind aufgefordert, verstärkt das Gespräch mit den Bürgern zu suchen.¹
- ✓ Sie sollen persönliche Kontakte nutzen und die politischen Ziele der NPD im Verwandten- und Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und im Verein ansprechen – natürlich in einer Art und Weise, die nicht als aufdringliche Belästigung empfunden wird²
- ✓ Die Bekanntheit mit der Zielperson sorgt dabei für höhere Glaubwürdigkeit und gesteigertes Vertrauen.
- ✓ Zur Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit werden phantasievolle Aktionen empfohlen; das überraschende Entrollen von Transparenten im Rahmen großer öffentlicher Ereignisse gehört dabei zum Standard.³
- ✓ Gezielte Fragen auf Veranstaltungen des politischen Gegners oder parteipolitisch neutralen Versammlungen eröffnen Rechtsextremen den Zugang zu bestimmten (politisch interessierten) Personengruppen, der anders kaum herstellbar ist. Zudem entfällt jeglicher Aufwand – auch alle Kosten – für die Organisation.⁴
- ✓ Die *„Wortergreifungsstrategie“* zielt somit darauf ab,

Am 12. Januar 2004 wurde in Buxtehude (Niedersachsen) die Podiumsdiskussion einer Volkshochschule mit dem Titel „Neofaschismus – eine Gefahr für die Gesellschaft?“ von einer Gruppe Rechtsextremisten massiv gestört und daraufhin von den Veranstaltern aus Sicherheitsgründen abgebrochen.

Als "höchst erfolgreich(e) Wortergreifung" bezeichnet die NPD die Sprengung einer Podiumsdiskussion zum Thema "Kampf den Verführern - Wie verführerisch sind rechtsextremistische Organisationen in Sachsen" zum "Tag der Sachsen" am 6. September 2003 in Sebnitz. An der Diskussion nahmen ca. 25 bis 30 Rechtsextreme teil, darunter der stellv. NPD-Parteivorsitzende Holger Apfel. Nach dem angeblichen "Drängen großer Teile des Publikums" sei Apfel als "Vertreter der nationalen Opposition" in die Podiumsdiskussion eingebunden worden. Die "diskussionsfeindlichen „Diskutanten“" hätten jedoch die Bühne verlassen, als Apfel gerade noch auf das "kriminelle Treiben der Antifa" eingehen und die "Kriminalisierung deutscher Patrioten" habe zurückweisen können.

(VS Bericht BRD 2003, S. 59)

1 vgl. Martin Laus auf der Homepage der "Deutschen Stimme" <http://www.deutsche-stimme.com/Sites/07-02-Repession.html>

2 e.b.d.

3 e.b.d.

4 vgl. Udo Voigt: Die Wortergreifungsstrategie im nationalen Befreiungskampf „Arbeit – Familie – Vaterland“, Rede des Parteivorsitzenden Udo Voigt auf dem NPD-Bundesparteitag 2004, 30./31. Oktober in Leinefelde, S. 10



öffentliche Veranstaltungen durch umfangreiche Wortbeiträge und Vorträge der eigenen Positionen zu Propaganda- bzw. Werbeveranstaltungen für rechtsextreme Ideologien umzufunktionieren⁵ und „deren Verlauf durch eigene Diskussionsbeiträge mitbestimmen“.⁶

Im NPD-Organ "Deutschen Stimme" schrieb der NPD-Parteivorsitzende Voigt unter der Überschrift "Mit *Wortergreifungsstrategie* zum Erfolg" bereits im Sommer 2003 über das "geistig offensive Auftreten im öffentlichen Raum" und forderte "Wortergreifung immer und überall", insbesondere auf "offiziellen Veranstaltungen" und auf "Veranstaltungen des Gegners".⁷

- ✓ Die inhaltlichen Ziele der NPD sollen so stärker als bisher in die Öffentlichkeit getragen werden.
- ✓ Einfache Mitglieder sollen ebenso wie Führungskader besser auf die politische Auseinandersetzung vorbereitet werden.⁸
- ✓ Zu diesem Zweck werden in verschiedenen Bundesländern derzeit „Nationale Bildungszentren“ (NBZ) aufgebaut. So entsteht auf dem Gelände der NPD-Bundesgeschäftsstelle in Köpenick ein solches (NBZ), in Sachsen gründete die NPD am 18. 4. 2005 das parteinahe "Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V." (i.G.).⁹
- ✓ In solchen Einrichtungen sollen überregional organisierte Schulungen, Vortragsveranstaltungen und Versammlungen abgehalten werden.
- ✓ Zitat: „Um den Kampf für die Befreiung unseres Volkes sachgerecht führen zu können, brauchen wir Menschen, die durch Ausbildung in die Lage versetzt werden, strategisch, operativ, taktisch und politisch richtig zu handeln. Zur Verwirklichung dieses Zieles wird in der Reichshauptstadt Berlin ein Bildungszentrum errichtet. [...]“¹⁰

Auch andere rechtsextreme Gruppen versuchen mit dieser Strategie im öffentlichen Raum Themen und Sendezeiten zu besetzen:

Im sog. „diskursorientierten Rechtsextremismus“¹¹ fällt der Berliner „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) mit Agitation gegen den Holocaust und die deutsche NS-Geschichte auf. Seine Mitglieder – Chefideologe ist der bekannte Rechtsextremist und ehem. RAF-Verteidiger H. Mahler - wollen nicht mehr nur als theorieorientiertes „Denkorgan“ wirken, sondern aktiv gegen die von ihnen konstatierte „Auschwitz-Lüge“ (ihrer Ideologie nach ist die Massenvernichtung von Juden und Sinti & Roma in Auschwitz eine Lüge der Alliierten „Besatzungsmächte“) als die vermeintliche Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates vorgehen.

Mahler wendet die *Strategie der „Wortergreifung“* ohne Rücksicht auf strafrechtliche Konsequenzen an. Bei einer Gerichtsverhandlung im Februar 2004, als er vor dem Landgericht Berlin wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB angeklagt wurde - Mahler und zwei weiteren rechtsextremen Ideologen wurden Passagen ihres Textes „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ zur Last gelegt, in denen ein Verbot der jüdischen Gemeinden gefordert wurde – nutzt er den ursprünglich auf drei Verhandlungstage angesetzten Prozess, um über knapp 30 Termine hinweg aus seinen antisemitischen Schriften vorzutragen.

„Wird dann auch noch das Hauptverfahren eröffnet, haben wir erreicht, was wir mit der Vereinsgründung angestrebt haben: es wird gegen ‚eine weltbekannte Person der Zeitgeschichte‘ eine öffentliche Hauptverhandlung wegen ‚Leugnung des Holocausts‘ geben. Damit ergibt sich zum ersten Male in der Geschichte die Gelegenheit, den ‚Auschwitz-Prozeß‘ wiederaufzurollen.“

Mahler: Offener Brief an den VRBHV, 16.3.04

⁵ vgl. VS Bericht Berlin 2004, S. 67
⁶ vgl. Udo Voigt: Mit Wortergreifungsstrategie zum Erfolg. Udo Voigt über das geistig offensive Auftreten im öffentlichen Raum. In: „Deutsche Stimme“ Nr. 08/2003
⁷ VS Bericht Berlin 2003, S. 57

⁸ vgl. BafVS 2003: „Aktuelle Entwicklung der ‚Nationaldemokratischen Partei Deutschlands‘ (NPD) und ihr Verhältnis zu den Neonazis“, S. 3

⁹ In seiner Presseerklärung zur Gründung des NPD-Bildungswerkes sagte der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag Holger Apfel: Das Bildungswerk „wird zur weiteren Professionalisierung der politischen Arbeit der nationalen Opposition in Sachsen beitragen und insbesondere die Denkansätze der ‚Dresdner Schule‘ im öffentlichen Diskurs zu popularisieren suchen. Unsere Fraktion hat für die Arbeit des Bildungswerkes einen Zuschuß aus dem Landeshaushalt beantragt. [...]“

¹⁰ Spendenaufruf für den „Bau eines nationaldemokratischen Bildungszentrums in der Reichshauptstadt Berlin“. In: „Deutsche Stimme“ Nr. 08/2003.

¹¹ vgl. VS Bericht Berlin 2004, S. 67